

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 05.12.2023
Rathaus, Oeseder Straße 85, Sitzungsbereich im Erdgeschoss,

Anwesend:

Vorsitz

Lietzke, Fabio

Mitglieder

Claus, Martin

Dälken, Martin

Dierker, Heinz

Heyl, Sascha

Jantos, Annette

Petzille, Christina

Springmeier, Wolfgang

bis 20.24 Uhr

Steinbrink, Tanja

Wallenhorst, Sandra

für Hebbelmann, Udo

Welkener, Jörg

Verwaltung

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin

Herzberg, Alexander

Happe, Cordula

Krieger, Malte

Menke, Sascha

Hornstein, Anton

Kröner, Jörn

Marquard, Janne

Otten, Niklas

Protokollführung

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Presse

Steffen, Raphael

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr.2/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.09.2023
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Änderung der Beträge der monatlichen Aufwandsentschädigungen der Hauptverwaltungsbeamtin und des Ersten Stadtrats als Allgemeiner Stellvertreter
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2024 - mündlicher Vortrag
6.	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 Vorlage: BV/207/2023
7.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2024 Vorlage: BV/208/2023
8.	Beteiligungsbericht 2023 Vorlage: MV/028/2023
9.	Beantwortung von Anfragen
10.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Lietzke eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr.2/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.09.2023

Zur Protokollierung zu TOP 6 (Entwicklung der NLG-Verfahren 2021 – Verfahrensblätter) merkt Ratsmitglied Jantos an, dass nicht Ratsmitglied Dälken, sondern sie darauf hingewiesen habe, dass für das Verfahren „ehemalige Spedition Dälken“ Informationen zum Flächenbestand fehlen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 2/2023 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.09.2023 wird unter Berücksichtigung der o.g. Korrektur genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Änderung der Beträge der monatlichen Aufwandsentschädigungen der Hauptverwaltungsbeamtin und des Ersten Stadtrats als Allgemeiner Stellvertreter

Durch Artikel 2 der Verordnung zur Einführung der Niedersächsischen Verordnung über die Gewährung von Geldzuwendungen an Beamtinnen und Beamte der Kommunen und zur Änderung der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung vom 10.11.2023 (Nds. GVBl. Nr. 23/2023, S. 275) ist der § 3 Abs. 2 der Nds. Kommunalbesoldungsverordnung dahingehend geändert worden, dass die monatlichen Aufwandsentschädigungen der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten und der Allgemeinen Stellvertreter/-innen zukünftig als monatlicher Festbetrag festgesetzt werden und nicht mehr, wie zuvor, als Höchstbetrag.

Eine abweichende, geringere Aufwandsentschädigung, wie sie bisher in Georgsmarienhütte gezahlt wurde, ist damit nicht mehr möglich.

Die Beträge, entsprechend der Einwohnerzahl der Stadt, betragen 330 € monatlich für die Hauptverwaltungsbeamtin und 222 € monatlich für den Allgemeinen Stellvertreter. Die Höhe der Beträge in der Verordnung wurde nicht verändert.

Bei der Stadt Georgsmarienhütte wurden bisher 270,98 € monatlich an die Hauptverwaltungsbeamtin und 181,00 € monatlich an den Ersten Stadtrat als Allgemeiner Stellvertreter als Aufwandsentschädigung gezahlt. Diese Beträge sind im Haushaltsplan jedes Jahr unter „Nachweis der Dienstaufwandsentschädigungen nach § 3 NKBesVO“ zu finden.

Die o.g. Verordnung tritt zum 01.01.2024 in Kraft und die erhöhten Festbeträge wurde daher entsprechend in den Haushaltsentwurf für 2024 aufgenommen.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Erster Stadtrat Herzberg verweist auf den im Rahmen der Haushaltsklausuren Anfang November vorgestellten Finanzbericht zum Stichtag 30.09.2023 und berichtet, dass bei den Gewerbesteuererträgen zwischenzeitlich ein weiterer Anstieg zu verzeichnen gewesen sei. Aus heutiger Sicht werde im Ergebnishaushalt anstelle eines im Plan ausgewiesenen Fehlbedarfs in Höhe von rd. 13 Mio. € ein Überschuss in Höhe von rd. 5,8 Mio. € und damit eine Verbesserung von 18,8 Mio. € erwartet, wobei rd. 14 Mio. € auf Verbesserungen bei

den Allgemeinen Finanzierungsmitteln, insbesondere der Gewerbesteuer, entfallen. Die Aufwendungen für Personal werden voraussichtlich rd. 2,5 Mio. € niedriger ausfallen als geplant. Für die Budgets der Fachbereiche und des ZGM werden derzeit insgesamt Ergebnisverbesserungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. € prognostiziert. Hierbei sei anzumerken, dass im Budget des ZGM keine Verbesserungen eintreten, sondern dass hier das Budget voll ausgeschöpft werde.

Im Investitionsbereich seien von den zur Verfügung stehenden Mitteln für Auszahlungen in Höhe von rd. 41,5 Mio. € (einschließlich Haushaltsreste) aktuell rd. 11,6 Mio. € tatsächlich realisiert worden, davon 7,3 Mio. € im ZGM und 2,9 Mio. € im Fachbereich IV. Es bestehen nach wie vor erhebliche Probleme, Stellen im technischen Bereich zu besetzen, so dass viele Projekte brachliegen. Kreditaufnahmen seien in 2023 nicht erfolgt. Voraussichtlich werde aber die Bildung eines Haushaltseinnahmerestes für Kredite zur Finanzierung der zu bildenden Haushaltsreste für Investitionen erforderlich.

Mit Gewerbesteuererträgen von rd. 34 Mio. € werde in 2023 ein Rekordergebnis erzielt, das nur in den Jahren 2006 und 2008 übertroffen wurde. Dabei entfallen 17,9 Mio. € auf Vorauszahlungen für das Jahr 2023 und 16,1 Mio. € auf Abrechnungen von Vorjahren, insbesondere der Jahre 2020 bis 2022, in denen die Vorauszahlungen jeweils sehr niedrig waren. Inzwischen seien die Vorauszahlungen wieder auf dem Niveau vor 2019 angekommen, so dass für die Folgejahre wohl nicht mehr mit derart hohen Nachzahlungen zu rechnen sei.

Der aktuelle Finanzbericht ist im Ratsinformationssystem zu diesem TOP eingestellt bzw. diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

5. Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms 2024 - mündlicher Vortrag

Herr Hornstein, Leiter des Zentralen Gebäudemanagements gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zur Organisation des ZGM und zum Bauunterhaltungsprogramm 2024.

Er erläutert die Aufgaben der zwei Teams des Zentralen Gebäudemanagements (technisches ZGM und infrastrukturelles/kaufmännisches ZGM) und weist darauf hin, dass die Teamleitung des technischen Gebäudemanagements ab dem 01.01.2024 vakant sei. Im Objektbestand des ZGM seien derzeit 86 Objekte erfasst, wobei viele aus den 60er und 70er Jahre stammen, so dass ein hoher Sanierungs- bzw. Modernisierungsbedarf bestehe. Die Kalkulation des Budgets für die Bauunterhaltung erfolge nach einem pauschalierten Bemessungsverfahren nach KGSt, das einen durchschnittlichen Finanzbedarf von 1,2 % des Wiederbeschaffungszeitwertes pro Gebäude vorsehe. Es habe sich aber gezeigt, dass dieser Wert aufgrund von gestiegenen Anforderungen z.B. hinsichtlich Akustik, Brandschutz, Inklusion u. Energieeffizienz nicht mehr ausreichend sei, weshalb man ab 2024 erstmals eine Anpassung des Bemessungsfaktors von 1,2 auf 1,626 Punkte vorgenommen habe. Als errechnete Gesamtsumme für die laufende Instandhaltung, Instandsetzung und begleitende Modernisierung ergebe sich so für 2024 ein Wert in Höhe von 3.858.000 € (Vorjahr 2.575.500 €). Da jedoch mangels ausreichender Personalressourcen eine Umsetzung des gesamten Bauunterhaltungsprogramms in Verbindung mit den Investitionsprojekten nicht möglich sei, habe man den Ansatz für die Bauunterhaltung für das Jahr 2024 um 72 % auf 1,09 Mio. € gekürzt. Hinzu kommen aufgrund dringender Erfordernisse Maßnahmen an der Grundschule am Harderberg sowie für die Einrichtung einer KiTa in der Michaelisschule in Höhe von insgesamt 535.000 €, so dass der Gesamtansatz für das Bauunterhaltungsprogramm 2024 mit 1,625 Mio. € kalkuliert werde. Herr Hornstein gibt anschließend einen Überblick über die in den vergangenen Jahren im Bereich des ZGM veranschlagten bzw. umgesetzten Investitionsprojekte und die eingekauften Architekten- und Fachplanungsleistungen. Er weist darauf hin, dass mit der derzeitigen

Personalausstattung insgesamt, d.h. für Bauunterhaltung und Investitionen ein Volumen von nicht mehr als 5 Mio. € zu schaffen sei. Für 2024 vorgesehen sei jedoch für Bauunterhaltung sowie für Investitionen einschließlich Haushaltsreste ein Gesamtvolumen von über 15 Mio. € (ohne Neubau der Michaelisschule) und damit ein Betrag, der weit über dem liege, was durch das ZGM umsetzbar sei. Das technische ZGM sei massiv überlastet, was auch durch die in diesem Jahr durchgeführte Organisationsuntersuchung, die einen Stellenfehlbedarf von 5 Vollzeitstellen festgestellt habe, bestätigt worden sei. Zu berücksichtigen sei auch, dass von den aktuell vorhandenen sieben Mitarbeitern im technischen Bereich vier Stellen mit Quereinsteigern besetzt seien. Durch den Weggang des Teamleiters am Jahresende, werde sich die Personalsituation weiter verschlechtern, da eine Nachbesetzung noch nicht erfolgen konnte. Vor diesem Hintergrund könne eine Fertigstellung sämtlicher ausgewiesener Projekte auch in 2024 nicht zugesichert werden. Die Liste der offenen Projekte und Anträge weise viele wichtige und dringende Maßnahmen aus, die aber einer Priorisierung bedürfen.

Die Präsentation zum Bauunterhaltungsprogramm 2024 wurde den Ratsmitgliedern am 08.12.2023 per E-Mail bzw. als Druckversion zur Verfügung gestellt und ist im Ratsinformationssystem zu diesem Tagesordnungspunkt eingestellt.

Ratsmitglied Jantos erklärt, die vom ZGM leistbaren Aufgaben seien abhängig vom zur Verfügung stehenden Personal. Man müsse daher nach Möglichkeiten suchen, wie die Stadt als Arbeitgeber attraktiver werden und mit der freien Wirtschaft konkurrieren könne. Sie bitte darum, den Ratsmitgliedern das Bauunterhaltungsprogramm zukünftig einige Tage vor Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Erster Stadtrat Herzberg erklärt, wo möglich werden z.B. Fachkräftezulagen an Mitarbeitende gezahlt. Da sich derzeit die Situation in der Baubranche verändere, bestehe die Hoffnung, dass auf dem Arbeitsmarkt bald eine Entspannung eintrete. Bezugnehmend auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion, für die Bauunterhaltung 2024 einen Betrag 4 Mio. € einzustellen und Architekten oder Sachverständige mit der Umsetzung von Projekten zu beauftragen, verweist Erster Stadtrat Herzberg auf die im Rahmen der Organisationsuntersuchung durchgeführten Kalkulation des durchschnittlichen Personalaufwands je Leistungsphase von kleinen, mittleren und großen Projekten bei interner und externer Bearbeitung. Hier sei festgestellt worden, dass bei externer Bearbeitung trotzdem ein erheblicher interner Personalaufwand entstehe. Über die Gesamtlaufzeit eines Projektes fallen ca. 30 – 40 % des Personalbedarfs gegenüber der Durchführung in Eigenregie an, so dass das ZGM auch bei externer Bearbeitung in erheblichen Maße mitbelastet werde.

Fachbereichsleiterin Happe ergänzt, man habe das Bauunterhaltungsprogramm bewusst nicht vorab versandt, da es aufgrund der vorgenommenen pauschalen Kürzung lediglich Rahmenvertragsarbeiten, Wartungsarbeiten und kleinere Maßnahmen der Bauunterhaltung, nicht aber größere Schwerpunktmaßnahmen enthalte. Für den Fall, dass in der Bauunterhaltung mehr geleistet werden solle, müssten andere Projekte im Investitionsbereich gestrichen werden.

Ratsmitglied Dälken mahnt an, die Sanierung der städtischen Gebäude nicht zu vernachlässigen, da man ansonsten vor dem Problem stehe, die maroden Gebäude mit einem viel höheren finanziellen Aufwand ersetzen zu müssen. Es müsse alles daran gesetzt werden, die vorhandenen Werte zu erhalten, weshalb ein höherer Ansatz für die Bauunterhaltung gefordert werde. Dies verbinde man mit der Hoffnung, bald weiteres Personal für die Umsetzung akquirieren zu können.

Von Seiten der Verwaltung wird ausgeführt, man habe in den vergangenen Jahren viel im Rahmen der Bauunterhaltung umgesetzt, in diesem Jahr werde sogar der zur Verfügung stehende Ansatz überzogen. Auch wenn der Ansatz für 2024 gekürzt werde, bedeute das

nicht, dass man die städtischen Gebäude verkommen lasse. Bei der Bauunterhaltung gehe es nicht nur um reine Instandhaltung, sondern auch um Modernisierungsmaßnahmen z.B. in den Bereichen Akustik, Brandschutz und Inklusion. Derartige Maßnahmen seien für 2024 nicht vorgesehen, da hier allein durch die durchzuführenden Ausschreibungen viel Zeit gebunden werde. Es seien bereits Maßnahmen extern vergeben worden, eine Begleitung und Kontrolle durch das ZGM sei aber auch hierbei – wie verschiedene Fälle aus der Vergangenheit gezeigt haben – unerlässlich.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, der Stadt falle nun vor die Füße, dass über Jahrzehnte nicht viel in der Bauunterhaltung gemacht worden sei und man lange Zeit keine Architekten im Haus hatte. Das Problem des fehlenden Personals zur Umsetzung notwendiger Maßnahmen lasse sich aber nicht dadurch beheben, dass mehr Geld in den Haushalt eingestellt werde. Wichtig sei, dass man auch in der Bevölkerung keine falschen Erwartungen wecke und ehrlich mit der Situation umgehe.

Ratsmitglied Dierker bewertet das heute Gehörte als Offenbarungseid. Verantwortlich für die Situation sei die Verwaltungsleitung und er frage daher die Bürgermeisterin, welchen Weg sie aus diesem Dilemma sehe. Es müsse eine Lösung für die Probleme gefunden werden und das noch vorhandene Personal müsse geschützt werden. Bei den Investitionen müsse entschieden werden, was gemacht werden soll und es müsse konkret gesagt werden, was gestrichen werden kann.

Bürgermeisterin Bahlo erklärt, sie müsse mit der Situation leben, die sie zu Beginn ihrer Amtszeit vorgefunden habe. Über Jahrzehnte sei keine regelmäßige Instandhaltung betrieben worden, so dass jetzt ein Sanierungsstau bestehe. Es seien Strategien zur Personalgewinnung entwickelt worden und in anderen Bereichen der Verwaltung habe man viele neue Mitarbeitende gewinnen können. Im technischen Bereich sei aber die Fachkräftegewinnung nach wie vor schwierig.

Erster Stadtrat Herzberg weist darauf hin, die Verwaltung habe bereits konkrete Vorschläge gegeben, nämlich keine zusätzlichen Projekte, wie z.B. die Graf-Ludolf-Schule, aufzunehmen, sondern sich auf begonnene Investitionen zu konzentrieren. In diesem Jahr sei eine umfassende Modernisierung der Regenbogenschule erfolgt. Für 2024 sei geplant, nur das Nötigste an Bauunterhaltung durchzuführen und ab 2025 sei als Schwerpunkt die Sanierung der Freiherr-vom-Stein-Schule vorgesehen. Es könne also nicht die Rede sein, dass die Stadt ihre Gebäude verkommen lasse. Es sei aber nach wie vor nicht zu erwarten, dass neues Personal der Stadt „die Türen einrenne“ und es sei zu berücksichtigen, dass selbst in Vollbesetzung nicht mehr als rd. 5 Mio. € pro Jahr umsetzbar seien.

Herr Hornstein dankt dem Ersten Stadtrat für seine Worte und wiederholt, dass ein hoher Sanierungsbedarf aber keine Zustände der Verwahrlosung bestehen; die Gebäude seien trotzdem in einem ordentlichen Zustand. Er weist darauf hin, dass für umfassende Sanierungen an Schulgebäuden immer nur ein enges Zeitfenster zur Verfügung stehe, da diese nur in den Ferienzeiten möglich seien. Für 2024 schlage man vor, auf derartige Sanierungsprojekte zu verzichten und den Schwerpunkt auf die Projekte im Investitionsbereich zu legen. Selbst wenn neues Personal beschafft werden könne, sei zu berücksichtigen, dass immer auch eine Einarbeitungszeit erforderlich sei.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Claus, warum vor diesem Hintergrund die Sanierung der Alten Wanne durchgeführt werden soll, antwortet Erster Stadtrat Herzberg, dass man für die Umsetzung Zeit habe bis zum Jahr 2027. Außerdem sei die Alte Wanne eines der Gebäude in schlechterem Zustand. Nach damaliger Aussage sollten andere Projekte geschoben werden, was aber bislang nicht erfolgt sei, sondern es seien im Gegenteil weitere Aufgaben „on top“ gekommen.

Ratsmitglied Jantos erklärt, von der Verwaltung seien Lösungen für das Jahr 2024 aufgezeigt worden, im Übrigen müsse man die Situation akzeptieren, wie sie ist. Der bestehende Personalmangel sei kein Georgsmarienhütte Problem, sondern auch die Stadt Osnabrück, der Landkreis Osnabrück und andere Kommunen suchen händeringend nach Personal. Es sei zu hoffen, dass sich die Situation bald bessere. Man solle den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg gehen und nicht zu hohe Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern wecken.

6. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 **Vorlage: BV/207/2023**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegend Vorlage nebst Anlagen wird verwiesen.

Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 1 aufgeführte Stelle (**Empfangskraft Rathaus – EG 3**) zu streichen.

Dieser Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 3 aufgeführte Stelle (**Hauswart Feuerwehrgerätehäuser – EG 5**) zu streichen.

Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 13 aufgeführte Stelle (**Klimaanpassungsmanager/in – EG 11**) zu streichen.

Dieser Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Von der CDU-Fraktion wird beantragt, die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 17 aufgeführte Stelle (**Arbeiter/in Bauhof – EG 6**) zu streichen.

Dieser Vorschlag wird bei 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

Bezugnehmend auf die in der Änderungsliste dargestellten formellen Änderungen bittet Ratsmitglied Däken um Erklärung der teilweise sehr starken Steigerungen in den Entgeltgruppen (EG 6 auf EG 9a).

Erster Stadtrat Herzberg erklärt, bei der unter lfd. Nr. 25 aufgeführten Stelle habe in der Vergangenheit der Tätigkeitsschwerpunkt im Ordnungsaußendienst gelegen, nun aber im Brandschutz. Außerdem komme hier eine entsprechende Ausbildung des Mitarbeiters zum Tragen. Die externe Bewertung habe daher zu diesem Ergebnis geführt.

Der ebenfalls externen Bewertung der unter lfd. Nr. 23 aufgeführten Stelle (Vollstreckungsbeamter/in) liegen entsprechende Gerichtsurteile zugrunde.

Bürgermeisterin Bahlo weist darauf hin, dass die sachgerechte und objektive Bewertung von Stellen auch ein Instrument zur Personalgewinnung bzw. zur Erhaltung des vorhandenen Personals darstelle.

Von der SPD-Fraktion wird auf den schriftlich gestellten Antrag zur Aufnahme der Stelle Nachhaltigkeitsmanagement hingewiesen.

Von der CDU-Fraktion wird hierzu vorgetragen, es sei ein Konzept mit Vorschlägen entwickelt worden, die umgesetzt werden sollen, von zusätzlichem Personal sei jedoch keine Rede gewesen. Durch die in der Änderungsliste dargestellten Stellen werden die Personalkosten schon um fast 1 Mio. € jährlich steigen; vor diesem Hintergrund müsse es für den Personaletat auch Grenzen geben.

Ratsmitglied Jantos erwidert hierzu, das Personal dürfe nicht nur als Kostenfaktor angesehen werden. Bei immer mehr Aufgaben müsse auch angemessen Personal zur Verfügung gestellt werden. Wenn ein gewisser Service geboten werde, werde sich das auch positiv bemerkbar machen. Wichtig sei, dass das beschlossene Programm nun auch umgesetzt werde.

Ratsmitglied Welkener ergänzt, das erarbeitete Nachhaltigkeitskonzept müsse nun mit Leben erfüllt werden, damit es uns und den nachfolgenden Generationen zu Gute komme. Für Betriebe ab 250 Mitarbeitende sei die Einrichtung einer entsprechenden Stelle verpflichtend. Früher oder später werde diese Pflicht auch die Stadt Georgsmarienhütte treffen.

Die Aufnahme der Stelle Nachhaltigkeitsmanagement wird bei 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen **mehrheitlich angenommen**.

Ratsmitglied Jantos schlägt vor, **im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft keine Abstimmung über den Gesamtstellenplan vorzunehmen, sondern ohne Beschlussempfehlung an den Verwaltungsausschuss zu verweisen**.

Dieser Vorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen **einstimmig angenommen**.

7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2024 Vorlage: BV/208/2023

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Beschlussvorlage sowie die Änderungsliste zum Ergebnishaushalt und die Liste der Investitionen 2024 ff. wird verwiesen.

Zu den Positionen des **Ergebnishaushalts 2024** wird wie folgt beraten:

Grundsteuern A und B

Erster Stadtrat Herzberg erläutert den Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze für die Grundsteuern A und B von 360 %-Punkte auf 395 %-Punkte und damit um rd. 10 % zu erhöhen. Der inflationsbedingte Kaufkraftverlust seit der letzten Erhöhung im Jahr 2003 betrage rd. 30 %. Im Jahr 2025, dem Jahr des Inkrafttretens der Grundsteuerreform, sei von einer Erhöhung der Hebesätze abzuraten, im Jahr 2026, dem Jahr der Kommunalwahl, sei eine Hebesatzerhöhung erfahrungsgemäß ebenfalls unwahrscheinlich.

Ratsmitglied Springmeier ergänzt, es sei auch zu bedenken, dass man immer noch keinen finanziellen Ausgleich für die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung geschaffen habe.

Ratsmitglied Jantos empfiehlt, die Beratung zu diesem Thema zunächst im Verwaltungsausschuss zu führen, da die Entscheidungsfindung in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sei.

Zuschuss Mahnmal in Kloster Oesede – 10.000 € (Antrag Gedenkstätten Gestapokeller u. Augustaschacht e.V.)

Erster Stadtrat Herzberg erklärt, aufgrund des vorliegenden Antrags sei die Position neu in die Änderungsliste aufgenommen worden. Hier gehe es zunächst darum zu entscheiden, ob Mittel eingestellt werden sollen. Fragen zum Standort und zur Ausgestaltung können später an anderer Stelle beraten werden.

Ratsmitglied Jantos weist darauf hin, dass es vor Jahren einen Nachlass-Stifter gegeben habe und geprüft werden solle, ob die Mittel für dieses Projekt aus diesem Nachlass finanzierbar seien.

Eine Abstimmung zur Einstellung von Haushaltsmitteln findet nicht statt. Zu der Angelegenheit soll zunächst genauer informiert und im Verwaltungsausschuss beraten werden.

Erhöhung der Verfügungszeiten in Kindertagesstätten

Fachbereichsleiterin Happe erläutert, gemäß Defizitvertrag seien mit allen elf Kindertagesstätten einheitlich Verfügungszeiten von 7,5 Stunden pro Woche und Gruppe vereinbart. Weitere Verfügungsstunden seien möglich, wenn diese vom Träger oder durch Dritte finanziert werden. Die katholischen Kindertagesstätten haben eine Verfügungszeit von 12 Stunden pro Woche, wobei die den Mindeststandard für Verfügungszeiten übersteigenden ungedeckten Kosten vom BGV getragen werden. Wenn der Antrag der AWO bewilligt werde, sei eine Änderung des Defizitvertrages erforderlich, wobei eine Erhöhung der Verfügungszeiten im Sinne der Gleichbehandlung als Standard für alle Kindertagesstätten – auch für die katholischen Einrichtungen – zu vereinbaren und von der Stadt zu finanzieren wäre.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, man müsse sich Gedanken machen, wie man den Beruf der Erzieherin attraktiver machen könne und sollte die beantragten höheren Verfügungsstunden zur Verfügung stellen. Dies bedeute ein besseres Angebot für Kinder wie auch für Erzieherinnen.

Ratsmitglied Claus weist darauf hin, dass auch die katholischen Kindertagesstätten trotz höherer Verfügungsstunden Schwierigkeiten haben, Personal zu gewinnen.

Ratsmitglied Petzille trägt vor, eine Erhöhung auf 12 Verfügungsstunden sei wünschenswert, werde aber als zu viel erachtet, da man auch das Finanzielle im Blick behalten müsse. Sie schlage vor, nach einem Kompromiss zu suchen.

Ratsmitglied Dälken gibt zu bedenken, dass der Zuschussbedarf für Kindertagesstätten mittlerweile 8 Mio. € betrage. Es bestehe ein hohes Anspruchsdenken, es sei aber nicht alles umsetzbar bzw. bezahlbar.

Ratsmitglied Dierker schlägt vor, heute auf eine Abstimmung zu verzichten und im Verwaltungsausschuss über den Antrag zu beraten.

Bürgermeisterin Bahlo erklärt, man habe lange um einen Konsens für einen einheitlichen Defizitvertrag gerungen. Wenn der Vertrag aufgrund Vereinbarung höherer Verfügungsstunden neu zu verhandeln sei, bestehe das Risiko, dass in diesem Zuge weitere Begehlichkeiten geweckt werden.

Ratsmitglied Claus beantragt, über den Antrag abzustimmen. Man habe genügend Zeit gehabt, sich mit dem Antrag zu befassen und solle nicht alle Themen in den Verwaltungsausschuss verschieben.

Die Einstellung von **415.000 € für die Erhöhung von 7,5 auf 12 Verfügungsstunden pro Woche und Gruppe** wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf **Erhöhung des Ansatzes der Bauunterhaltung durch das ZGM auf insgesamt 4 Mio. €** wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung **abgelehnt**.

Der Antrag von SPD/FDP und GRÜNE/LINKE auf Einstellung **von 1.000 € für die Anbringung von Rad-Icons auf der von-Galen-Straße (zwischen Kreisel und Ampel)** wird mit 7 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig **angenommen**.

Der Antrag der Gruppe GRÜNE/LINKE auf Einstellung von **20.000 € für die Förderung privater Regenwassernutzungsanlagen (Zisternen)** wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Pop-up-Spielplatz Roter Platz (10.000 €) – Antrag SPD/FDP

Ratsmitglied Dälken fordert dazu auf, ein Gesamtkonzept für das Zentrum zu machen und nicht kleinteilig Maßnahmen umzusetzen. Das erarbeitete Innenstadtkonzept dürfe nicht in der Schublade verschwinden.

Ratsmitglied Jantos erklärt, es liege auch an der Politik, dass noch nichts umgesetzt worden sei. Die Einrichtung eines Pop-up-Spielplatzes könne ein Anfang sein, zumal der im vergangenen Sommer im Zusammenhang mit der Dinosaurier-Aktion auf dem Roten Platz errichtete Sandspielplatz gut angenommen worden sei.

Ratsmitglied Petzille hält den Vorschlag zur Errichtung eines Pop-up-Spielplatzes für eine gute Idee. Bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses solle geklärt werden, ob hierfür zusätzliche Mittel eingestellt werden müssten.

Fachbereichsleiter Krieger erklärt, es sei zu prüfen, ob Spielgeräte angeschafft werden müssten oder ob eine Anmietung möglich sei. Die Anschaffung von Spielgeräten sei über die im Investitionsbereich des Haushalts hierfür vorhandene Position finanzierbar.

Förderprogramm Photovoltaik (Balkonmodule) – Erhöhung des Fördervolumens von 10.000 € auf 50.000 € - Antrag SPD/FDP

Ratsmitglied Claus stellt den Antrag, die im Haushaltsentwurf für die Förderung von Photovoltaik-Balkonmodulen eingeplanten **Mittel in Höhe in Höhe von 10.000 € zu streichen**, da für diesen Zweck eine Anreizförderung nicht erforderlich sei.

Dieser Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **angenommen**.

Wald Ersatzaufforstung (100.000 €) – Antrag GRÜNE/LINKE

Auf Hinweis von Ratsmitglied Claus, die Maßnahme sei in diesem Jahr trotz eingestellter Mittel nicht umgesetzt worden, erwidert Ratsmitglied Jantos, schon der vorherige Fachbereichsleiter Dimek habe klar gemacht, dass ein Flächenerwerb schwierig sei. Man müsse sich daher Gedanken machen über eine Wiederaufforstung auf vorhandenen Flächen.

Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Blühstreifen an Wegeseitenrändern (10.000 €) – Antrag GRÜNE/LINKE

Auf Hinweis von Ratsmitglied Dierker, es sei ein Auftrag zur Einrichtung von Blühstreifen an die Verwaltung erteilt worden, erklärt Fachbereichsleiter Krieger, seit 2020 seien insgesamt 31 Teilflächen mit unterschiedlichen Saaten angelegt worden. Auch im Haushalt 2024 seien bereits 30.000 € für die Anlegung und Unterhaltung von Blühwiesen enthalten.

Der Antrag auf **Einstellung von 10.000 € für Blühstreifen an Wegeseitenrändern** wird mit einer Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Sanitäranlagen auf Mehrgenerationenplätzen etc. (hier: Unterhaltung / Bewirtschaftung)

Erster Stadtrat Herzberg stellt klar, dass die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Sanitärcontainern nicht durch das Zentrale Gebäudemanagement erfolge.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird vorgetragen, dass eine Errichtung von Sanitärcontainern nur erfolgen solle, wenn die Bewirtschaftung ehrenamtlich organisiert werde.

Die Einstellung von Mitteln für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Sanitärcontainern auf Mehrgenerationenplätzen etc. wird mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.

Ratsmitglied Springmeier verlässt die Sitzung.

Zu den Investitionen 2024 ff. wird wie folgt beraten:

Antragsmanagement / Anfragenmanagement – Antrag CDU

Erster Stadtrat Herzberg teilt mit, im letzten Fraktionsvorsitzendengespräch habe man über das Thema gesprochen und von der Verwaltung sei ein Vorschlag über die Durchführung eines Beschlusscontrollings außerhalb des Ratsinformationssystems präsentiert worden. Eine Darstellung über das Ratsinformationssystem sei kostenintensiv und beinhalte einige Fallstricke.

Ratsmitglied Jantos erklärt, wenn eine derartige Einrichtung mit hohen Personal- und Kostenaufwand verbunden sei, solle man darauf verzichten.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, nach seinen Informationen stehen die Funktionen über Mandatos zur Verfügung. Es sei wichtig, über den Stand von Anträgen und Anfragen auch aus der Vergangenheit informiert zu sein.

Die Einrichtung eines Antragsmanagements u. Anfragenmanagements wird mit 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.

Kalthalle Feuerwehrhaus Kloster Oesede – 230.000 €

Ratsmitglied Claus merkt an, vor ca. 1 ½ Jahren sei in einer Protokollergänzung zu lesen gewesen, dass die Anschaffung oder Anmietung einer Zelthalle mit Kosten in Höhe von ca. 10.000 € als Zwischenlösung für die Unterbringung des neuen Feuerwehrfahrzeugs vorgesehen sei. Eine Kalthalle sei von den Mitgliedern der Feuerwehr Kloster Oesede gar nicht gewollt.

Die Errichtung einer **Kalthalle für das neue Fahrzeug der Feuerwehr Kloster Oesede** wird mit 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig **abgelehnt**.

Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses zu klären, ob als Zwischenlösung eine Zelthalle möglich ist.

Die Einstellung von **35.000 € für eine Küchenzeile in der neu einzurichtenden Kindertagesstätte Michaelisschule** wird einstimmig **befürwortet**.

Die Einstellung von **50.000 € für Außenspielgeräte für die neu einzurichtende Kindertagesstätte Michaelisschule** wird einstimmig **befürwortet**.

Der Antrag der CDU, das Projekt **„Grundschule Kloster Oesede“ mit Erstellung eines Standortgutachtens vorzuziehen** wird mit 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **angenommen**.

Erster Stadtrat Herzberg führt aus, die Erstellung eines Standortgutachtens stelle einen immensen Aufwand dar; man könne aber nur umsetzen, was leistbar sei. Wenn Projekte vorgezogen werden, sei zwingend festzulegen, welche anderen Projekte geschoben werden sollen. Im Übrigen gebe es eine klare Auflage der Kommunalaufsicht zur Priorisierung von Investitionsmaßnahmen, die insbesondere auch für die Maßnahme „Sanierung Alte Wanne“ noch nicht stattgefunden habe.

Ratsmitglied Jantos erklärt, für die Sanierung der Alten Wanne sei ein Zeitrahmen einzuhalten, ansonsten drohe der Verlust der Fördermittel. Diese Maßnahme sei daher in Priorität 1 zu setzen. Ein Standortgutachten für die Grundschule Kloster Oesede sei ihrer Ansicht nach nicht erforderlich, so dass hier eine nachrangige Priorität vergeben werden könne.

Aus dem Ausschuss wird vorgeschlagen, über die Priorisierung von Investitionsmaßnahmen im Verwaltungsausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Claus stellt den Antrag, das **Projekt „Neubau Michaelisschule“ abzubrechen**.

Dieser Antrag wird mit einer Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Maßnahme **„Grünzug Im Loh/Brüggereschweg/Düteweg (I14-20-002) in das Jahr 2027 zu verschieben**, wird mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig **angenommen**.

Verkauf Flächen Harwerth – Antrag GfG

Ratsmitglied Claus erklärt für die GfG-Fraktion, der Antrag auf Verkauf der ehemaligen Harwerth-Flächen werde **zurückgenommen**.

Erwerb Grundstück Sutthauer Straße 31 b – Antrag CDU

Erster Stadtrat Herzberg trägt vor, es gebe einen privaten Investor, der an dem Grundstück Interesse habe. In Holzhausen bestehe derzeit kein Bedarf für eine weitere Kindertagesstätte, so dass ein Erwerb dieses Grundstücks aus Sicht der Verwaltung nicht erforderlich sei.

Ratsmitglied Dälken schlägt vor, die Angelegenheit in die Fraktionen zurückzugeben, da noch Beratungsbedarf bestehe.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Maßnahme **„Kreisverkehrsplatz Brüsseler Straße“ auf das Jahr 2025 zu verschieben**, wird mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **angenommen**.

Der Vorschlag der Verwaltung, die **Errichtung der Lärmschutzwand an der B 51 in das Jahr 2028 zu schieben**, wird mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig **angenommen**.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Maßnahme **„Oberflächenentwässerung Im Mühlenbruch“ in das Jahr 2026 zu schieben**, wird mit 9 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig **angenommen**.

Attraktivitätssteigerung Stadtzentrum (2024: 1.000.000 €; Folgejahre je 500.000 €) – Antrag CDU

Ratsmitglied Jantos vertritt die Auffassung, dass nicht mehr Geld eingestellt werden müsse, wenn die Planungen für das Stadtzentrum noch nicht so weit seien. Einen Ansatz in Höhe von 1 Mio. € für das Jahr 2024 halte sie für unrealistisch.

Ratsmitglied Dälken weist darauf hin, dass bislang noch nichts umgesetzt worden sei und Bevölkerung und Geschäftsleute schon nicht mehr daran glauben.

Der Antrag der CDU-Fraktion, **für das Jahr 2024 1 Mio. € und die Folgejahre bis 2027 je 500.000 €** in den Haushalt einzustellen, wird mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig **angenommen**.

Den Vorschlag, die **Maßnahme in eine niedrige Priorität zu setzen**, wird mit 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Vorschlag der Verwaltung, die **Erneuerung der Fahrbahn Feuerstätte in 2026** umzusetzen, wird einstimmig **angenommen**.

Der Vorschlag der Verwaltung, die **Erschließungsmaßnahmen einschl. Straßenbeleuchtung für die Straßen Unterbauerschaft, Am Dreieck und Auf der Masch (1. und 2. Abschnitt) auf die Jahre 2026 (Planung) und 2027 (Umsetzung) zu schieben**, wird bei 9 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig **angenommen**.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Maßnahme **„Kreisverkehrsplatz „Schauenroth/Stadtring“ bis nach Fertigstellung des Baugebietes „Südlich Panoramabad/Schulzentrum“ zu schieben**, wird mit 6 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich **angenommen**.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Maßnahme **„Fuß-/Radweg nördl. Alte Heerstraße und Brüsseler Straße auf das Jahr 2025 zu schieben**, wird mit 7 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich **angenommen**.

Lichtsignalanlage Wellendorfer Straße

Zum Vorschlag der Verwaltung, die Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Wellendorfer Straße auf das Jahr 2026 zu schieben, erklärt Ratsmitglied Jantos, hierzu sei eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und eine Zusage an die Bevölkerung gemacht worden, weshalb sie gegen eine Verschiebung sei.

Der Vorschlag der Verwaltung, die **Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Wellendorfer Straße auf das Jahr 2026 zu schieben**, wird mit 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig **abgelehnt**.

Sanitärcontainer an Mehrgenerationenplätzen etc. / Unterstand MGP Kloster Oesede – Anträge SPD/FDP und CDU

Ratsmitglied Jantos bittet um getrennte Abstimmung zu den Sanitärcontainern und dem Unterstand am Mehrgenerationenplatz Kloster Oesede. Hinsichtlich der Sanitärcontainer schlage sie vor, zunächst an zwei Standorten zu beginnen, um Erfahrungswerte zu sammeln.

Ratsmitglied Dälken fordert, die Beträge nur in den Haushalt einzustellen, wenn sich eine private Initiative finde, die sich vertraglich binde, die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Container zu übernehmen.

Der Vorschlag aus dem Ausschuss, **für die Jahr 2024, 2025 und 2026 je 100.000 € für die Errichtung von Sanitärcontainern an Mehrgenerationenplätzen etc.** einzustellen, wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag, für die Errichtung eines **Unterstandes auf dem Mehrgenerationenplatz in Kloster Oesede 10.000 €** in den Haushalt einzustellen, wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich **angenommen**.

Erneuerung Blumental (Teilstück Talstraße bis Kiffenbrink) – Antrag CDU

Fachbereichsleiter Krieger erläutert, die Umsetzung der Maßnahme sollte in Abstimmung mit den Stadtwerken erfolgen, die hier keine Dringlichkeit sehen. Die Verwaltung schlage daher vor, die Maßnahme nicht – wie von der CDU-Fraktion beantragt – für die Jahr 2024/2025 sondern für die Jahre 2025/2026 vorzusehen.

Der Vorschlag der Verwaltung, für die Maßnahme **Erneuerung Straße Blumental (Teilstück zwischen Talstraße und Kiffenbrink) in 2025 145.000 € (für Planung) und in 2026 705.000 € (für Umsetzung) in den Haushalts einzustellen**, wird mit 6 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich **angenommen**.

Kinderspielplätze – Austausch Spielgeräte

Fachbereichsleiter Krieger schlägt vor, die Mittel für Anschaffung/Austausch von Spielgeräten auf Kinderspielplätzen in **Priorität 2** zu setzen, da kaum personelle Ressourcen zur Umsetzung zur Verfügung stehen. Dieser Vorschlag wird einstimmig **angenommen**.

Hochwasserschutz Waldbad (25.000 € in 2024 statt 2025) – Antrag CDU

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Durchführung der Maßnahme zum Hochwasserschutz nur dann sinnvoll sei, wenn zuvor die nördliche Beckenmauer des Waldbades verlegt werde, da ansonsten das Wasser in das Becken geleitet würde.

Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Ersatzaufforstung für Waldumwandlung (100.000 €) – Antrag GRÜNE/LINKE

Die Angelegenheit wird zur Beratung an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Die Beratungen zur Priorisierung der Investitionsmaßnahmen werden an den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Aus dem Ausschuss wird vorgeschlagen, die Abstimmung über den Gesamthaushalt zurückzustellen, da insbesondere zur Erhöhung der Grundsteuer noch Beratungsbedarf bestehe.

Eine Abstimmung über den Gesamthaushalt findet nicht statt.

8. Beteiligungsbericht 2023
Vorlage: MV/028/2023

Der vorliegende Beteiligungsbericht, der Anlage zum Haushaltsplan 2024 ist, wird zur Kenntnis genommen.

9. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

10. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Lietzke
Vorsitz

Herzberg
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung